
Es geht um die Bündnisfrage

Ein Gespräch über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung

zwischen Volkmar Deile, Jo Leinen, Leonhard Mahlein
und Hermann Rappe*

Volkmar Deile, geb. 1943, Pfarrer, ist Geschäftsführer der
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Berlin-West.

Jo Leinen, geb. 1948, Rechtsanwalt, ist Vorsitzender des Bundesverbandes
Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und Mitglied der Ökologie-
kommission der SPD.

Leonhard Mahlein, geb. 1921, ist Vorsitzender der Industriegewerkschaft
Druck und Papier.

Hermann Rappe, geb. 1929, ist Vorsitzender der Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Keramik.

1. Zur Struktur und Organisation der Friedensbewegung

Jo Leinen: In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es bereits
mehrere Friedensbewegungen gegeben. Die Friedensbewegung, über die wir

*Das mehrstündige Gespräch wurde am 24. August 1983 in Düsseldorf geführt. Diskutiert wurde - anhand eines zu Beginn des Gesprächs verteilten Fragenkatalogs - zu den vier Problemkreisen: Wie setzt sich die Friedensbewegung zusammen und welche organisatorische Struktur hat sie? Wie kam es zur Herausbildung einer eigenständigen Friedensbewegung? In welchem Verhältnis stehen Gewerkschaften und Friedensbewegung zueinander. Wie sieht die Zukunft der Friedensbewegung aus? Die Fragen und Antworten zu den ersten drei Themenkomplexen mußten gekürzt werden; besonders starke Kürzungen wurden im dritten Teil vorgenommen, weil Hermann Rappe die Gesprächsrunde aus Termingründen verlassen mußte und sich damit die Gesprächskonstellation verändert hatte. Der letzte Teil mußte ebenfalls gekürzt werden. D. Red.

jetzt reden, ist jene, die 1979 aus Anlaß des NATO-Doppelbeschlusses entstanden ist. Diese Friedensbewegung umfaßt ein sehr vielfältiges Spektrum verschiedenster Organisationen und Gruppen mit unterschiedlichen sozialen, politischen, religiösen Ursprüngen. Ich kann vier Hauptstränge in der Zusammensetzung dieser neuen Friedensbewegung erkennen. Das wichtigste Antriebsmoment bilden sicherlich die kirchlichen Friedensinitiativen. Als zweite Gruppe sehe ich die Ökologiebewegung. Der dritte Teil ist der traditionell pazifistische Flügel, z. B. mit Kriegsdienstverweigerern und seit langem existierenden Friedensgruppen. Der vierte Strang ist im Bereich der Sozialdemokratie und des gewerkschaftlichen Umfeldes anzusiedeln.

Volkmar Deile: Ich würde auf jeden Fall noch die Frauenbewegung und die Dritte-Welt-Gruppen dazuzählen.

Jo Leinen: Wir sind eine Bewegung und keine Partei oder ein sonst formal geschlossener Verband. Die Friedensbewegung hat keine Satzung, keinen Vorstand, keinen Präsidenten. Wir haben uns eigene Kommunikationsmöglichkeiten suchen müssen. Sie bestehen insbesondere in den Aktionskonferenzen, die zweimal pro Jahr stattfinden. Auf diesen Konferenzen wird in Arbeitsgruppen inhaltlicher und insbesondere aktionsorientierter Art beschlossen, was die Friedensbewegung in den darauffolgenden Monaten machen will.

Die Friedensbewegung ist keine geschlossene Gesellschaft, sondern offen für alle Menschen und Gruppen, die ernsthaft die atomare Aufrüstung stoppen wollen und Atomwaffen in Ost und West ablehnen. Damit kommen wir zu dem Problem der Beteiligung von Kommunisten - in der Bundesrepublik heißt das: der DKP - in der Friedensbewegung. Es ist klar, daß Mitglieder der DKP, ebenso wie Mitglieder der SPD, der GRÜNEN oder parteilich Nichtgebundene in der Friedensbewegung mitarbeiten. Es ist aber falsch, wenn von interessierter Seite immer wieder behauptet wird, die Friedensbewegung sei von Kommunisten gesteuert, unterwandert oder finanziert. Erstens reicht deren Einfluß bei weitem nicht aus, eine so große und breite Volksbewegung zu manipulieren und zweitens sind andere Organisationen in der Friedensbewegung, wie kirchliche Friedensinitiativen, wie ökologische, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Gruppen selbstbewußt genug, sich keine Forderungen aufzwingen zu lassen, die sie politisch nicht akzeptieren können. Dieser Vorwurf hat also nur die Funktion, einen Ersatzschauplatz zu eröffnen, um vom eigentlichen Thema, der Stationierung von neuen Atomwaffen, abzulenken.

In der Friedensbewegung gibt es seit geraumer Zeit auch einen gewerkschaftlichen Flügel, nachdem die DGB-Jugend und Einzelgewerkschaften - regional wie auch überregional - bei Aktionskonferenzen wie auch jetzt bei den Vorbe-

reitungen zu den Herbstaktionen mitmachen. Die Beteiligung der Gewerkschaften kommt sicherlich etwas verspätet, aber nicht zu spät. Ich selbst würde mir ein viel stärkeres Engagement gewerkschaftlicher Kräfte in der Friedensbewegung wünschen, weil die Friedensfrage nicht isoliert diskutiert werden kann, sondern nur in einem gesellschaftlichen und politischen Kontext. Dazu gehört die Frage der steigenden Rüstungshaushalte und der sinkenden Sozialleistungen, also das Spannungsverhältnis zwischen Aufrüstung und Sozialstaat. Es würde zur Politisierung der Friedensbewegung beitragen, wenn durch die Beteiligung gewerkschaftlicher Kreise diese gesellschaftlichen Zusammenhänge stärker in den Vordergrund rücken würden.

Volkmar Deile: Zum „gewerkschaftlichen Flügel“ in der Friedensbewegung: Unser Eindruck vor dem 10. Oktober 1981 ist eigentlich gewesen, daß Gewerkschafter ein wenig ihre Identität als Gewerkschafter aufgeben müssen, wenn sie ganz in der Friedensbewegung mitmachen wollen. Als wir diese Demonstration vorbereiteten, ist eine ganze Reihe von Sekretären und Jugendsekretären zu uns gekommen (der DGB hatte ja gesagt, daß man als einzelner durchaus teilnehmen dürfe, nicht aber in gewerkschaftlicher Funktion). Das ist eine Situation, die wir zum Glück überwunden haben. Ich glaube, daß die gegenseitige Unkenntnis ein großes Problem gewesen ist, die Unkenntnis z. B. zwischen den aus kirchlichen Kreisen heranwachsenden Bewegungen und der Bewegung, die bei den Gewerkschaften dagewesen ist.

Jo Leinen: Hast Du mit Deiner Bemerkung eben gemeint, die Gewerkschafter *mußten* oder *müssen* ihre Identität aufgeben?

Volkmar Deile: Gewerkschafter haben damals schon ein bißchen das Gefühl gehabt, sie könnten nicht mit dem Rückhalt der Gewerkschaften rechnen, wenn sie in der Friedensbewegung aktiv sind, wenn sie daran teilnehmen wollten. Sie sind dann unter dem Motto: „Wir sind Gewerkschafter“ mitgezogen und darüber haben wir uns auch sehr gefreut. Es gibt nach meiner Meinung weniger einen „gewerkschaftlichen Flügel“ in der Friedensbewegung. Es gibt die DGB-Jugend, Friedensinitiativen auf lokaler und regionaler Ebene, aber mir scheint unklar zu sein, inwieweit die Gewerkschaften ihre friedenspolitische Identität über die sozialpolitische hinaus so ausdrücken, daß die volle Identifikation eines Gewerkschafters - sei er jung oder alt - mit der Friedensbewegung möglich ist. Sicherlich gibt es einen mit der Friedensbewegung sympathisierenden Flügel in den Gewerkschaften. Ob es einen „gewerkschaftlichen Flügel“ in der Friedensbewegung gibt, ist eine anders gelagerte Frage.

Frieden ist nicht nur ein „Jugendproblem“. Natürlich stellt sich in der Jugend das Problem mit besonderer Heftigkeit, weil sie um politische Identität ringt,

und fragt: Wofür will ich leben? Daran bildet sich Identität, die empfundene Differenz zwischen dem, wofür man einmal leben möchte und dem, was auf dieser Erde noch möglich scheint. Das führt natürlich zu einer besonderen Mobilisierung von jungen Leuten. Aber aus den Kirchen weiß ich, daß deswegen, weil die Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren nicht durchgestanden worden ist, die Friedensproblematik latent immer dagewesen und jetzt von neuem aufgebrochen ist seit Mitte der siebziger Jahre. Und da sind natürlich viele Ältere dabei, diejenigen z.B., die aus der Bekennenden Kirche kommen, die in der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung versucht haben, zusammen mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern etwas zu bewirken. Sie sind heute mit den jungen Leuten zusammen in der Friedensbewegung vereint. Was in der Friedensbewegung tatsächlich fehlt, sind, quer durch alle sozialen Schichten, die mittleren Altersgruppen - einerseits beansprucht durch Berufsalltag und ähnliches, und zweitens wahrscheinlich immer noch unter der Erfahrung leidend, einmal politisch gewesen zu sein und dieses - schon gar nicht in Form einer „Bewegung“ - nicht noch einmal sein zu wollen. Die Skepsis ist in dieser Altersschicht offenbar sehr viel größer.

Leonhard Mahlein: Ich möchte noch einmal auf die Rolle von Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftsmitgliedern in der Friedensbewegung eingehen. Ich glaube, aus der Kenntnis des Bereiches, in dem ich tätig bin, und unter Einbeziehung der SPD, daß es durchaus einen „gewerkschaftlichen Flügel“ in der Friedensbewegung gibt. Das mag sich bei den Vorständen etwas anders darstellen, aber auf der unteren Ebene, bei der Mitgliedschaft gibt es durchaus solche Aktivitäten, die die Vorstände manchmal gar nicht so gerne sehen. Aber es wäre unredlich, wollte man davor die Augen verschließen. In der Spitze sind es allerdings relativ wenige Leute, und es sind immer wieder die gleichen, die in Erscheinung treten.

Was die Frage nach dem hohen Anteil von Jugendlichen in der Friedensbewegung angeht, so ist es wohl so, daß jüngere Funktionäre den Großteil der Aktivitäten tragen, wobei ich damit nicht Jugendliche meine, sondern auch das Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Aber ich würde hierin keinen „Generationenkonflikt“ sehen. Mit dieser Argumentation wird vielfach versucht, etwas zu entschuldigen. Ich habe manchmal das Gefühl, daß viele Jugendliche - angesichts der Misere der Arbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels - vielfach die Frage stellen, was die Gewerkschaften ihnen überhaupt noch zu bieten haben. Aus dieser Frage heraus wird womöglich leichter der Weg zu Alternativgruppen gefunden, sowohl zur Friedensbewegung wie auch etwa zu sogenannten alternativen Betrieben. Darauf müssen wir als Gewerkschaften durchaus ein Auge haben. Ich kann z. B. solche Alternativ-Betriebe aus gewerkschaftlicher Sicht nicht durchweg positiv beurteilen, weil vielfach Tarifverträge nicht

eingehalten werden, Arbeitszeiten zu lang sind usw., aber man muß andererseits auch sehen, daß junge Menschen, die keine Alternativen sehen, zu solchen Auswegen greifen.

Hermann Rappe: Ich möchte zu einer Frage Stellung nehmen, die auch bei den Diskussionen im DGB eine Rolle gespielt hat: Geht es eigentlich nur um die Raketen der Amerikaner, die hier stationiert werden sollen? Oder muß es nicht im gleichen Atemzug auch um die Raketen gehen, die die Sowjets stationiert haben und noch weiter installieren?

Ich meine, es muß um beide gehen. Wir sind uns dann einig, wenn wir jetzt und in der weiteren Diskussion die Raketen auf beiden Seiten meinen. Wenn das deutlich genug gemacht wird, dann kann die Rolle von Kommunisten, die sich ja auch in den Gewerkschaften versuchen „anzuhängen“, von vorneherein kleingehalten werden. Die Kommunisten äußern sich ja, wenn überhaupt, eindeutig und ausschließlich nur in Richtung der amerikanischen Raketen. Daß die DKP versucht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Positionen zu besetzen, Möglichkeiten zu erfassen, gerade weil sie eine so geringfügige Wählerlegitimation hat, das beweisen die Stellungnahmen und Rundbriefe des DKP-Parteivorstandes. Ich bin auch eindeutig der Auffassung, daß -nach allem, was man weiß - Kommunisten nicht an entscheidenden Stellen in der Friedensbewegung sitzen. Andererseits kann die Friedensbewegung sie nicht völlig ausschließen, wegen ihrer lockeren Form der Organisation - allerdings stimme ich auf keinen Fall der Auffassung des CDU-Staatssekretärs Spranger zu, daß die Friedensbewegung eine kommunistisch gesteuerte Bewegung sei.

Ich will jedoch hinzufügen, daß ich gewisse innere starke Hemmungen habe bei der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung, weil ich prinzipiell nicht bereit bin, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten. Ich habe z. B. nie verstanden, daß Gewerkschafter den „Krefelder Appell“ unterzeichnet oder sich dafür engagiert haben. An dieser Stelle habe ich eine klare Position gegen jegliche kommunistische Einflüsse.

Leonhard Mahlein: Ich glaube, daß es für Friedensbewegung und Gewerkschaften unbestritten ist, daß es sich nicht nur um die Raketen, sondern um den Rüstungsabbau insgesamt handeln muß, und daß es um die Waffen in Ost und West geht. Ich glaube auch, daß Kommunisten in der Friedensbewegung mitmachen, womöglich aus taktischen Gründen. Aber für mich war es z. B. schon überraschend, daß der FDGB-Vorsitzende in seiner Mai-Ansprache in Ost-Berlin von Abrüstung in *Ost* und West gesprochen hat. Kurze Zeit danach hatte ich ein Gespräch mit ihm, in dem er zugab, daß diese Äußerung möglicherweise von anderen Mitgliedern des SED-Zentralkomitees nicht verstanden

würde, aber daß es sich um seine Überzeugung handele. Daß sich der Rüstungsabbau auf den Westen und den Osten beziehen muß, darüber gibt es zwischen den verschiedenen Gruppen keine Differenz.

Der neue Präsident des Verfassungsschutzes hat die Behauptung aufgestellt, daß die Friedensbewegung weitestgehend von der DKP finanziert sei. Wenn man, über den Einblick in die DKP-Presse, einen indirekten Überblick hat, so läßt sich doch wohl feststellen, daß damit die Finanzkraft der DKP weit überschätzt wird, selbst wenn man die SED als zusätzliche Finanzierungsquelle mit heranziehen würde. Ich halte das für eine der üblichen Behauptungen, die immer wieder aufkommen, ohne daß sie bewiesen worden wären.

2. Zur Entstehung, Entwicklung und Politik der Friedensbewegung

Volkmar Deile: Die Überzeugung der Friedensbewegung, daß die neuen Waffen auf keinen Fall stationiert werden dürfen, haben einen anderen Hintergrund als die Überzeugung, die sowjetischen Waffen seien gute Friedenswaffen, die amerikanischen aber feindliche bzw. gefährliche. Selbstverständlich braucht ein Rüstungswettlauf zwei Wettläufer, selbstverständlich sind beide für Abschreckung und „Gleichgewicht“. Der Hintergrund ist vielmehr der, daß in der Rüstungskontrollpolitik trotz des Vorhabens, Abrüstung zu erreichen, noch nie tatsächlich Abrüstung erreicht worden ist, sondern nur begrenzte Aufrüstungen. Das ist besser als nichts, aber eben keine Abrüstung. Die Zahl der Menschen ist gewachsen, das weiß ich zumindest aus dem kirchlichen Bereich, die fragen: Was ist eigentlich mein eigener Anteil an diesem Sich-immer-stärker-Abschrecken mit immer fürchterlicheren Waffen? Die Antwort vieler darauf ist nicht etwa einseitige Abrüstung, Unilateralismus (obwohl es eine kleine Gruppe gibt, die das befürwortet), sondern sie lautet dahin, daß man auf diese neuen Waffen verzichten kann, ohne daß es ein sogenanntes Sicherheitsrisiko für den Westen geben würde. Das wäre ein Zeichen, auf das möglicherweise die andere Seite mit einer De-Eskalation des Rüstungswettlaufs antworten kann. Viele Leute sagen eben, daß wir bei dem vorhandenen Rüstungspotential durchaus die Möglichkeit haben, einseitig Schritte der Abrüstung zurückzugehen, ohne alle unsere militärische Sicherheit aufzugeben. Viele Menschen glauben, daß dies überhaupt die einzige Möglichkeit ist, noch aus dem Mechanismus des gegenseitigen Bedrohens und des Rüstungswettlaufs herauszukommen. Diese Überlegung gibt es, das weiß ich aus den Kirchen, bei sehr, sehr vielen Menschen. Ich denke, daß daran viel Wahres ist, zumal darin die Erfahrung mit der bisherigen Rüstungskontrollpolitik enthalten ist. Sie war zwar mit dem Anspruch angetreten, den Rüstungswettlauf unter Kontrolle zu bekommen, hat das aber bisher nicht erreicht. War ein Abkommen in einem Bereich erzielt, so gab es in einem anderen Bereich wieder die

Möglichkeit aufzurüsten, wodurch sich die andere Seite dann wieder bedroht fühlte usw. usw. Das ist ein selbstlaufender Mechanismus, zu dessen Unterbrechung man sich mehr einfallen lassen muß, als es bisher geschehen ist. Ich glaube, daß das der geheime oder auch offene Hintergrund der Friedensbewegung ist.

Hermann Rappe: Ich will festhalten, daß es in diesem Punkt weniger Differenzen gibt, als sich manche Leute erhoffen mögen. Es gibt keine Differenzen in der Feststellung, daß ein neues Waffenpotential vollkommen überflüssig ist, daß das bisherige Potential schon zu umfangreich ist, daß die Rüstungsausgaben aller Völker viel zu hoch sind. Es besteht auch keine Differenz in der Feststellung, daß Friedenspolitik gemacht werden soll und muß. Eine Unterscheidung gibt es allerdings im Hinblick auf den NATO-Doppelbeschluß. Jo Leinen hat den Beginn der Friedensbewegung mit der Beschlußfassung über den Doppelbeschluß datiert.

Jo Leinen: Genau genommen wollte ich sagen, mit dessen Interpretation durch Reagan und Weinberger seit 1980:

Hermann Rappe: Auf diesen Unterschied lege ich Wert und will dazu noch etwas sagen, weil sich daran einiges emporrankt. Ich habe der Konzeption des NATO-Doppelbeschlusses sowohl als Gewerkschafter als auch als Sozialdemokrat auf dem Berliner Parteitag der SPD 1979 zugestimmt. Ich habe zugestimmt - und meine Position hat sich nicht geändert -, weil ich kein anderes Druckmittel auf die russische Seite gesehen habe. Ich schätze das Militärpotential des Warschauer Paktes ebenso ein, wie ich das Gesamtsystem einschätze - als das Potential eines seit über 60 Jahren intakten politischen Machtblocks, in dem es keine demokratischen Einflußmöglichkeiten der Bürger gibt. Diese werden, auch in solchen Formen der Diktatur, verboten oder unterdrückt. Auch wenn ich Herrn Reagan nicht liebe, was ich gewiß nicht tue, bleibt doch festzuhalten, daß es in Amerika eben demokratische Einwirkungsmöglichkeiten gibt, die mir - über Reagan hinaus - weiterhelfen können und daß es sie in der UdSSR nicht gibt. Das ist schon ein ganz erheblicher Unterschied in den Wertvorstellungen.

1979 ging es also um die Frage, wo es den Hebelarm gäbe. Und da scheint mir der NATO-Doppelbeschluß das richtige Instrument zu sein. Was sich seit 1979 geändert hat, ist die Wahl von Reagan und der Amtsantritt von Weinberger. Sie haben dem, was 1978/79 diskutiert und beschlossen wurde, eine andere Interpretation gegeben. Auch der Parteivorsitzende der SPD und Teile der Gewerkschaften sagen ja, daß es hier nun eine andere Bewertung des Doppelbeschlusses gibt. Deshalb soll es eben keine Aufstellungsautomatik geben, son-

dem es muß der Versuch unternommen werden, wenn nötig weiter zu verhandeln und - wie es Willy Brandt zusammen mit Papandreou gesagt hat - die Stationierung um mindestens ein halbes Jahr verschoben werden.

Volkmar Deile: Sicherlich sind mit dem Regierungsantritt von Reagan und Weinberger bestimmte Entwicklungen klarer und deutlicher ausgesprochen worden. Sie haben aber eine Geschichte, die weit zurückreicht. Die Stichworte hierzu lauten beispielsweise: Presidential Directive von Carter, das Nachdenken über neue, kleinere, flexiblere, zielsicherere Waffen, das seit Mitte der siebziger Jahre festzustellen ist.

In der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ ist 1977 ein Aufsatz des jetzigen Verteidigungsministers Wörner über die Notwendigkeit solcher Waffen für die neue Strategie der NATO erschienen. Darin wird die SS 20 noch gar nicht erwähnt. Der Zusammenhang mit der SS 20 ist politisch über den NATO-Doppelbeschluß hergestellt worden. Das heißt nicht, daß ich die Schuld zwischen Ost und West anders oder neu verteilen will. Der Rüstungswettlauf braucht beide, und beide halten an den, wie ich finde, grundlegenden Irrtümern fest, nämlich am Gleichgewicht, das man immer durch den anderen gestört sieht, und an der Abschreckung als angeblich sicherster Kriegsverhütung. Heute meinen zunehmend mehr Menschen, daß die Abschreckung durch die waffentechnologische Entwicklung selbst zerstört wird und Kriegsgefahr hervorruft.

Ich glaube nicht, daß die Genfer Verhandlungen darauf zurückzuführen sind, daß durch den NATO-Doppelbeschluß und die Drohung mit der Stationierung neuer Waffen Druck auf die Sowjetunion ausgeübt wurde - das sicherlich auch -, aber die Verhandlungen sind im wesentlichen dadurch zustande gekommen, daß die Amerikaner durch die Friedensbewegung dazu gezwungen worden sind, selbst an diesen Verhandlungstisch zu gehen. Ich interpretiere den NATO-Doppelbeschluß so, daß der Verhandlungsteil ein Zugeständnis an die westlichen Bündnispartner gewesen ist, aber so in der Absicht der amerikanischen Regierung nie klar gewesen ist. Dafür gibt es eine ganze Anzahl von Belegen.

Ich denke, daß wir die Gründe für den Rüstungswettlauf in ihrer jeweiligen Wichtigkeit analysieren müssen. Die geschichtlichen Erfahrungen der beiden Länder, um die es bei der Teilnahme am Rüstungswettlauf geht, sind ganz verschieden. Die USA haben nie einen Krieg auf ihrem Boden gesehen; die Sowjetunion hat den Zweiten Weltkrieg erlebt mit 20 Millionen Toten auf ihrem Boden. Die Erinnerung daran ist in diesem Volk immer noch lebendig. Mein Eindruck ist es, daß es in diesem Land zwar kein Abrüstungsbewußtsein gibt, weil es ja kein konkretes Wissen darüber gibt, was die Rüstung ist, aber daß es

doch eine tiefe Friedensliebe gibt, wie in anderen Völkern auch, und ich glaube, daß dies politisch nicht ohne Bedeutung ist.

Man kann wohl auch mit einer gewissen Berechtigung sagen, obwohl beide am Rüstungswettlauf teilnehmen, daß aufgrund des technologischen Vorsprungs, der in den westlichen Ländern vorhanden ist, uns eine gewisse Vorreiterrolle zukommt. Dann möchte ich erwähnen, daß das Bündnis des Warschauer Paktes in sich viel labiler ist - siehe Polen - als das westliche Bündnis. Das östliche Bündnis wird mit Druck zusammengehalten. Polen ist dafür der Beleg, und das westliche Bündnis ist im Vergleich viel stabiler. Schließlich will ich daran erinnern, daß die Versorgungslage in den östlichen Ländern doch wesentlich schlechter ist, und daß man insofern von einem gewissen Druck auf politische Entscheidungen ausgehen kann, der von ökonomischen Interessen herkommt, die auch eine Unterbrechung des Rüstungswettlaufs befürworten könnten. Wir haben bis heute noch nicht versucht, wie man ihn anhalten kann. Daß in den osteuropäischen Ländern - wie Hermann Rappe sagt - gar nichts möglich ist, kann ich deshalb eindeutig widerlegen, weil es die „Aktion Sühnezeichen“ auch in der DDR gibt, und weil wir innerhalb der Ökumene ein lebhaftes Gespräch über den Frieden zwischen Ost und West führen. Im kirchlichen Bereich werden jedenfalls Alternativen diskutiert und Forderungen an die eigene Regierung formuliert.

Jo Leinen: Ich finde den Ansatz des NATO-Doppelbeschlusses verfehlt. Das zeigt sich heute deutlicher als 1979. Die bundesdeutschen Mitverfasser des Doppelbeschlusses haben vielleicht in den Jahren 1977 bis 1979 gehofft, mit diesem Beschluß neue Waffen verhindern zu können. Heute sieht man, daß sie sich verschätzt haben. Zum ersten, weil der Doppelbeschluß in der Logik der Abschreckungspolitik mit dem Sachzwang zum Aufbau immer neuer Drohpotentiale steht. Der Doppelbeschluß konnte damit nicht zur Abrüstung sondern nur zur Aufrüstung führen, wie es bei den anderen Rüstungsspiralen auch bereits der Fall war.

Zweitens hat sich die deutsche Politik völlig verschätzt in ihrem Einfluß auf die Großmächte. Die Weltkarte sieht von Washington oder Moskau aus gesehen eben vollkommen anders aus als aus Bonner Sicht. Diese qualitativ neuen Waffen haben für die Supermächte eine andere Funktion, als es den Interessen eines mittleren Landes, wie der Bundesrepublik, entspricht. Es hat sich ja gezeigt, daß es weder gelungen ist, die Sowjetunion zum Stop der Produktion von SS 20 zu zwingen, noch die Amerikaner zu einer ernsthaften Verhandlung über die Verhinderung der Stationierung der neuen Waffen zu bewegen. Heute sind viele Menschen bereit, unilateral kalkulierte Maßnahmen zu ergreifen, um den Aufrüstungswettlauf in einem Abrüstungswettlauf umzukehren.

Hermann Rappe: Der Doppelbeschluß wird mir hier von den Vertretern der Friedensbewegung zu einfach dargestellt. Ich will es nicht nur der Historie wegen sagen, weil ich jahrelang der Fraktion einer Regierungspartei angehört habe: Idee und Konzept des Doppelbeschlusses, maßgeblich mitgetragen von der damaligen Bundesregierung und dem Bundeskanzler Helmut Schmidt, sind weitergebracht und auch in Amerika offensiv vertreten worden, insbesondere mit dem Druck zu verhandeln, vor allem nach dem Besuch von Helmut Schmidt in Moskau im Juli 1980. Daraus ergab sich eine Entwicklung, die an den Verhandlungstisch führte. Der Einmarsch der Russen in Afghanistan war dabei eine empfindliche Unterbrechung. Diesen Ansatz darf man bei der Diskussion um den Doppelbeschluß nicht verschütten. Ich bezweifle, daß die amerikanische Friedensbewegung allein damals in der Lage gewesen wäre, die amerikanische Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen.

Volkmar Deile: Gemeint war nicht die amerikanische Friedensbewegung, sondern die europäische. Der Herbst 1981 hat die Amerikaner an den Verhandlungstisch gebracht.

Hermann Rappe: Nach meiner Ansicht war es das Ergebnis der Politik der damaligen Bundesregierung. Leider wird bis jetzt in meiner eigenen Partei das Ergebnis der Politik dieser Bundesregierung hier und da unterbewertet. Für mich ist es entscheidend, daß man diese Tatsache nicht vergessen darf, wenn man sich mit der konservativen Regierung auseinandersetzen will.

Leonhard Mahlein: Die Raketenzählerei ist an sich schon eine fragwürdige Angelegenheit, insbesondere dann, wenn man auch noch den Generälen das Zählen überläßt. Ich stimme Volkmar Deile in dem zu, was er über die innere Struktur des Ostblocks gesagt hat, die ja doch anders ist als die westliche. Ich möchte zu diesem Thema aus der „Handreichung“ der SPD-Bundestagsfraktion zitieren: „Wir teilen die Meinung führender westlicher Staatsmänner und Sicherheitsexperten, wie zum Beispiel Helmut Schmidt und Lord Carrington, daß von einer militärischen Gesamtüberlegenheit der Sowjetunion über die NATO auch heute nicht die Rede sein kann. Technologisch, wirtschaftlich und sozial ist der Ostblock weit schwächer als der Westen.“ Das scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein.

Hermann Rappe: Es geht doch um die Gesamtbewertung des „realen Sozialismus“. Und ich glaube nicht, daß man es sich zu leicht machen darf. Bisher hat noch jede Diktatur Verteidigungsanstrengungen mit Einschränkungen von Freiheitsrechten durchsetzen können. Ich bin, was die Durchsetzungsmöglichkeiten des Ostblocks gegenüber dem Westen angeht, völlig anderer Meinung.

Leonhard Mahlein: Es scheint mir nicht vorrangig um die Einbindung in das westliche Bündnis zu gehen. Es geht vielmehr um die *Form* der Einbindung in das Bündnis. Diese Frage wird ja inzwischen auch von der SPD gestellt.

Hermann Rappe: Die Bündnisfrage stellt die SPD nicht.

Leonhard Mahlein: Nein, sie stellt nicht die Bündnisfrage, aber sie stellt die Frage, welche Rolle diese liberal-konservative Regierung innerhalb des Bündnisses spielt. Es ist ein Unterschied, ob-wie es die Basler Zeitung einmal formuliert hat - der gegenwärtige deutsche Bundeskanzler stramm und kopfnickend wie ein Hund hinter Reagan herläuft oder ob eine Regierung versucht, ihre eigene Rolle in diesem Bündnis zu betonen.

Stark berührt hat mich, daß Volkmar Deile meinte, Gewerkschafter müßten in der Friedensbewegung ihre Identität aufgeben. Ich halte das für ein falsches Wort. Man braucht nicht darüber zu streiten, daß Gewerkschaften und SPD in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte Fehler gemacht haben. Aber es gibt auch keinen Zweifel daran, daß von Ausgangspunkt und Zielsetzung die Gewerkschaften die älteste Friedensbewegung sind.

3. Gewerkschaften und Friedensbewegung

Frage: Nach neueren Umfrageergebnissen sollen etwa 75 Prozent der Bundesbürger gegen die Stationierung neuer Atomraketen sein. Kann man daraus den Schluß ziehen, daß sie sich als Teil der Friedensbewegung fühlen? Daß sie bereit sind, an Demonstrationen teilzunehmen, Schweigeminuten im Betrieb einzulegen oder gar zu streiken? Und muß man nicht diese Umfrageergebnisse generell gegen das Ergebnis der Bundestagswahl im März halten?

Jo Leinen: Ich glaube, daß es in der Friedensbewegung kaum Unterschiede zwischen Gewerkschaft und Friedensinitiativen in der gemeinsamen Zielsetzung gibt, den Rüstungswahnsinn zu stoppen. Es wäre deshalb politisch tragisch, wenn künstlich ein Gegensatz zwischen dem DGB und der Friedensbewegung konstruiert würde. Wenn 75 Prozent der Befragten gegen neue Atomwaffen sind, wird deutlich, daß auch viele Arbeitnehmer jetzt einen Rüstungsstopp wollen. Die Friedensbewegung ist weder eine Jugendbewegung noch eine Bewegung bürgerlicher Mittelschichten. Die Befürchtung, daß neue Atomwaffen die Bundesrepublik sowohl zu einer Startrampe als auch zu einer Zielscheibe für einen möglichen Atomkrieg machen können, hat alle gesellschaftlichen Schichten ergriffen. Eine Zusammenarbeit all dieser Kräfte kann es möglich machen, die Stationierung dieser Atomwaffen doch noch politisch zu ver-

hindern. Auch eine konservative Regierung kann sich nicht leisten, die Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung ohne politischen Schaden durchzusetzen. Wenn sie es trotzdem tut, wird sie an anderer Stelle Niederlagen erleiden. Die Opposition gegen diese Regierungspolitik wird an anderer Stelle aufbrechen, vielleicht sogar im sozialpolitischen Bereich.

Politische Prozesse bedürfen einer Grundströmung und einer Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung. Die CDU hat sich das ja vor der letzten Bundestagswahl sehr wohl zunutze gemacht - das Empfinden, sie sei kompetent für wirtschaftlichen Aufschwung.

Das tiefsitzende „Empfinden“ in der deutschen Bevölkerung, daß diese Atomwaffen mehr Unheil als Sicherheit bringen, müßte von den Kräften, die diese Atomwaffen nicht wollen, benutzt werden - dazu gehören die Gewerkschaften, die SPD und die anderen Teile der Friedensbewegung. Wenn der DGB nicht mehr Abwehrkämpfe gegen die Friedensbewegung führt, sondern sich in eine gemeinsame Frontstellung gegen die Aufrüstungspolitik dieser Bundesregierung einreihen würde, denn hätten wir gemeinsam die Chance, die innen- und außenpolitische Wende der Konservativen trotz der Wahl am 6. März schneller zu stoppen.

Hermann Rappe: Wenn es um die besagten 75 Prozent geht oder darum, was wirklich tiefsitzende Gefühle und Ängste sind, dann kommt es sicher sehr auf die Fragestellung an. Für den Frieden und gegen den Rüstungswahnsinn ist jeder vernünftige Mensch. Ich glaube, daß ebenso entscheidend und tiefsitzend das Bewußtsein von der Einbettung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis für ihre Verteidigungsfähigkeit ist. Wenn ich Wahlergebnisse beeinflussen will, dann muß Friedenspolitik die Frage des Bündnisses sowie die Frage nach der Sicherheit in der westlichen Allianz einschließen. Auch die Form, in der ich mich für den Frieden engagiere, ist von Bedeutung. Wird dabei nämlich etwas falsch gemacht, arbeitet man den Konservativen in die Hände. In dieser Beziehung habe ich schon seit längerem meine Sorgen. Ich würde diese Zahl von 75 Prozent sehr abgewogen beurteilen. Wenn das alles stimmt, dann sind wir im September schlauer: Das hessische und das bremische Wahlergebnis müßten dann ja eindeutig ausfallen. Über diesen Punkt können wir nach dem 26. September aufgeklärter weiterdiskutieren.

Volkmar Deile: Die 75 Prozent derer, die gegen eine Stationierung sind, stellen eine Gruppe dar, die anders denkt, als die Regierung das will.

Hermann Rappe: Wenn Du recht hättest! 75

Prozent, die Angst haben?

Volkmar Deile: Es handelt sich um eine natürliche Ablehnung der nächsten Aufrüstungsrunde, oft aus ganz einfachen menschlichen Gründen. Das ist das höchstmögliche mobilisierbare „Potential“, das die Friedensbewegung erreichen kann. Wahrscheinlich wird es praktisch niemals so groß sein wie bei der Meinungsumfrage. Nach den Umfragen liegt die Zahl der Bürger, die sich überlegen, ob sie an einer Demonstration teilnehmen zwischen 25 und 30 Prozent. Das ist schon eine andere Größenordnung als die 75 Prozent. Das Problem, das wir haben, ist, daß diese Frage keine wahlentscheidende Frage ist. Das hat der 6. März 1983 gezeigt. Am 6. März haben eine Reihe von - ich sage eine gewagte These - arbeitsplatzbesitzenden Lohnabhängigen gemerkt, daß die Aussage von Gewerkschaften und SPD, daß Krisen im Kapitalismus aussteuerbar seien, sich als falsch erwiesen hat. Arbeitslosigkeit weitete sich permanent aus. Demzufolge haben sie den größeren ökonomischen Sachverstand bei Konservativen gesucht: Konservative konnten schon immer besser mit dem Geld umgehen, weil sie ja auch mehr davon haben. Die Gruppe derjenigen, die am 6. März wegen der Friedensfrage anders gewählt haben, scheint mir dagegen viel kleiner gewesen zu sein. Wahlentscheidend ist die Gruppe eben derjenigen gewesen, die aus unmittelbarer ökonomischer Betroffenheit so gewählt hat, ohne damit auch eine entsprechende Politik in der Friedensfrage zu billigen.

Hermann Rappe: Wenn diese Analyse stimmt, beginnst Du dann nicht auch langsam Zweifel zu haben, ob eine Friedensbewegung zur Beeinflussung von Wahlentscheidungen ausreicht, oder ob es dazu nicht vielmehr einer organisierten Friedenspolitik bedarf?

Volkmar Deile: Da bin ich ganz einer Meinung. Es muß für die Friedensbewegung klar sein, daß die Arbeitslosigkeit, der Sozialabbau und alles, was damit zusammenhängt, auf jede Veranstaltung der Friedensbewegung gehört. Wir haben das sogar auf dem Kirchentag getan und da vor allem vor einem Publikum, das im wesentlichen aus dem bürgerlichen Bereich kam. Der eigenständige Beitrag der Gewerkschaften zur Friedensbewegung wäre, die Arbeitslosigkeit und die Friedensproblematik zusammen in die politische Diskussion einzubringen. Da ist es mit der Kompetenz sofort unbestritten. Wo die Kompetenz Festhalten an Abschreckungs- und Gleichgewichtspolitik bedeutet, da müßte man sich sehr ausführlich unterhalten, ob dies nicht heute beweisbar falsch ist. Auch zu Zeiten der Entspannungspolitik ging der Rüstungswettlauf weiter. Es gab Entspannung auf ökonomischen, kulturellen und anderen Sektoren, aber der Rüstungswettlauf wurde nicht gestoppt. Mit der Formel, „Verteidigung und Entspannung = Sicherheit“ haben wir auch immer an der Schraube mitgedreht, die gegen die Entspannung wirkte. Wir werden uns wahrscheinlich über den Entspannungsansatz hinausgehende Möglichkeiten von Friedenspolitik in Europa überlegen müssen.

Ich glaube nicht, daß das Wahlergebnis in Bremen und Hessen vom 25. September darüber Auskunft geben wird, wie es um die Unterstützung der Friedensbewegung steht, weil der Vielzahl der Menschen die Arbeitslosigkeit am meisten auf den Nägeln brennt.

Hermann Rappe: Manches, was auch heute hier von der Friedensbewegung zu den Gewerkschaften gesagt wird, klingt, ich möchte es einmal so formulieren, etwas überheblich. Es gibt keinen Zweifel, daß SPD und Gewerkschaften - die Beschlüsse beweisen es - vom Parteivorstand bis hin zum DGB-Bundesvorstand in der Frage des Friedens und der Friedenssicherung vollständig übereinstimmen. Ihr Bekenntnis zum Frieden und zur Friedenspolitik ist durch eine mehr als hundertjährige Geschichte bestätigt und unantastbar. Und hieraus ergibt sich wohl doch eine Differenz zur Friedensbewegung: Wenn ich die organisatorisch so gefaßte neue Friedensbewegung mit mehr Reserve sehe als mancher andere Gewerkschafter, dann deshalb, weil ich ihr die Kompetenz für Friedensbekenntnisse und Friedenspolitik als Sozialdemokrat und Gewerkschafter auf keinen Fall abtreten werde. Das hätte gerade noch gefehlt, daß uns nach mehr als hundertjähriger Tradition die Kompetenz in der Friedenspolitik abhanden käme. Wir sind Manns genug, diese Kompetenz zu behaupten. Ich sehe die Gefahr, daß wir in Sachen Umwelt die Kompetenz an die Ökologiebewegung und in Sachen Arbeitslosigkeit die Kompetenz an Arbeitsloseninitiativen verlieren. Diesen Ausverkauf machen wir in keinem Fall mit.

Volkmar Deile: Die Organisation, die ich vertrete, hat eine 2000jährige Tradition und sie hat viele Fehler gemacht.

Hermann Rappe: Auch darüber will ich gerne bei Gelegenheit diskutieren. Für mich ist entscheidend, daß ich die Eigenständigkeit der Gewerkschaften, vertreten durch den DGB, und der SPD deutlich machen möchte, weil ich die Kompetenz in Sachen Friedenspolitik nicht verlieren möchte. So etwas geht manchmal sehr schnell. Wenn das klar ist, kann man zusammenarbeiten; entscheidend ist, daß die Gewerkschaften sich jeweils darstellen können - so ist es auch in den Beschlüssen, die wir im Juli 1983 gefaßt haben, festgehalten. Insofern gibt es durchaus Formen, in denen sich miteinander leben lassen müßte. Einer weitergehenden Aufweichung gewerkschaftlicher Positionen in Richtung Friedensbewegung, einer stärkeren Zusammenarbeit würde ich, eben wegen der Kompetenzfrage, nicht zustimmen können.

Volkmar Deile: Welches ist die friedenspolitische Praxis der Gewerkschaften?

Hermann Rappe: Die friedenspolitische Praxis der Gewerkschaften und des DGB war es zum Beispiel, auf allen Kongressen eine Bundesregierung zu for-

dem und zu unterstützen, die den Kalten Krieg ablöst und Kontakte zum Osten knüpft. Das war der eigenständige friedenspolitische Beitrag der Gewerkschaften, zu dem sie niemand anderen benötigt haben.

Jo Leinen: Noch einmal: Warum gibt es eine Friedensbewegung parallel zur Arbeiterbewegung, obwohl sich diese doch seit mehr als hundert Jahren als Friedensbewegung versteht? Das hat damit zu tun, daß mit dem NATO-Doppelbeschluß ein Kompetenzdefizit bei SPD und Gewerkschaften aufgebrochen ist. Diese beiden Organisationen können durch eine Beteiligung an der Friedensbewegung im Gegenteil in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik neue Kompetenz gewinnen. Das Verdienst von SPD und Gewerkschaften liegt in der Entspannungspolitik, in der Beendigung des Kalten Krieges, wobei allerdings die militärische Aufrüstung akzeptiert wurde. Die Koexistenz von politischer Entspannung und militärischer Aufrüstung war in der Vergangenheit vielleicht noch möglich, gerät aber mit der Qualität der neuen Waffensysteme in einen unüberbrückbaren Konflikt.

Wer konnte das wissen?

Jo Leinen: Ich weise nicht Schuld zu. Es tauchen oft neue Problemstellungen auf, deren Zusammenhang erst später richtig erfaßt und erkannt wird. Nur muß dann auch akzeptiert werden, daß andere politische Kräfte die Initiative zur Problembewältigung ergreifen. In Ökologie- und Friedensfragen ist dies in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen. Für die politische Vorwärtentwicklung der BRD ist entscheidend, ob DGB und SPD flexibel genug sind, die neuen Fragestellungen aufzugreifen und in eine Kooperation mit den neuen sozialen Bewegungen zu treten. Die Koexistenz von Entspannung und Aufrüstung geht - wie gesagt - angesichts der technologischen Entwicklung nicht mehr weiter. Auf diesen Punkt weist die neue Friedensbewegung hin. Und SPD und Gewerkschaften können hier nur Kompetenz gewinnen, nicht verlieren.

Wie sieht das Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen in unserem parlamentarischen System aus? Die SPD hat in der Ökologiedebatte zwar langsam, aber mittlerweile doch tiefgreifend begriffen, daß eine Reformpartei sich nicht von neuen sozialen Bewegungen abkoppeln darf, sondern auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen ist, einen ernsthaften politischen Dialog mit solchen Bewegungen zu führen, um ein politisches Aktionsprogramm aus den neuen Fragestellungen zu formulieren. In unserer Gesellschaft kann keine Partei den Anspruch erheben, alle Probleme als erste zu erkennen.

Leonhard Mahlein: Ich sehe nach wie vor gewisse Berührungsängste zur Friedensbewegung bei den Gewerkschaften. Ich sehe weniger - wie Hermann Rap-

pe - Identitätsverlust. Das hat wohl mit der Zusammensetzung der Friedensbewegung, mit Aktivitäten, mit gewissen Formen, die sie anwendet, zu tun. Ich habe es damals bedauert, das sage ich ganz offen, daß der DGB nach dem „Krefelder Appell“ eine eigene Friedensinitiative begonnen hat. Wahrscheinlich hätte man schon damals rechtzeitig über Inhalte und Formulierungen des „Krefelder Appells“ miteinander sprechen können.

Hermann Rappe: Gewisse Unterschriften auf dem „Krefelder Appell“ hindern mich einfach, so etwas auch zu unterschreiben.

Leonhard Mahlein: Das ist eine andere Frage. Ich meine, daß man vorher hätte diskutieren müssen über Inhalte und Formulierungen. Der „Krefelder Appell“ hat wohl gegenwärtig 4 Millionen Unterschriften. Und die Friedensinitiative des DGB hat ungefähr 1,5 oder 1,7 Millionen Unterschriften.

Hermann Rappe: Es geht nicht um die 4 Millionen Unterschriften, sondern um die Initiatoren.

Leonhard Mahlein: Es ist die Frage, ob man, bevor dieser „Krefelder Appell“ verabschiedet wurde, Formulierungen dort hätte hineinbringen können, die gewerkschaftlicher Programmatik und gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprochen hätten. Dagegen wurde dann gesagt, daß Gewerkschaften als eigenständige Friedensbewegung eine eigene Friedensinitiative brauchen. Allerdings sollte man die Gewerkschafter, die in der Friedensbewegung mitarbeiten, nicht einseitig abstempeln. Es gibt, soweit ich das etwa in Baden-Württemberg selbst überblicke, eine Anzahl gewerkschaftlicher Aktivitäten, die nicht immer mit der Friedensbewegung identisch sind, die aber doch eine große Zahl von Menschen binden. Ich sehe darin auch einen Teil der Friedensbewegung und meine, daß man die verschiedenen Teile eher zusammenbringen müßte. Vielleicht hätte man bereits früher - so, wie es jetzt mit den Beschlüssen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, des DGB-Bundesvorstandes und -Bundesausschusses im Hinblick auf den Oktober geschehen ist - unter gewissen Bedingungen Formen der Zusammenarbeit finden können. Aber da standen wohl doch die Berührungsängste im Vordergrund.

Gibt es also Defizite oder Versäumnisse bei den Gewerkschaften?

Hermann Rappe: Ich glaube das nicht. Ich glaube vielmehr, daß es eine Gruppe gab, die selbständig auftreten wollte. Es hatte nichts mit mangelnden Aktivitäten oder mangelnden Kompetenzen des DGB zu tun. Es gibt solche Situationen, in denen man Gruppen, die ihre eigenen Sachen machen wollen, nicht einfangen kann. Ich lasse mir jedenfalls keine mangelnde Arbeit auf diesem

Feld unterstellen. Und ich möchte für die Zukunft keinen Kompetenzverlust, weder für die SPD noch für die Gewerkschaften haben. Deshalb warne ich den Parteivorstand der SPD wie auch die Gewerkschaften davor, sich eigenständige Positionen zu ersparen und sich vereinnahmen zu lassen. Ich will keinen DGB ohne friedenspolitische Komponente. Ich war dafür, daß dieser Aspekt auch in das Grundsatzprogramm des DGB aufgenommen wurde. Es gibt seit 1949 keinen Gewerkschaftskongreß ohne friedenspolitisches Bekenntnis. Jeder hätte hier, wenn er Gewerkschaftsmitglied ist, durchaus sein Betätigungsfeld haben können. Wenn man allerdings seine eigene Sache machen will, so ist das auch legitim. Man darf dann jedoch nicht unterstellen, daß es deshalb geschehen sei, weil andere ihre Sache nicht richtig gemacht hätten nach dem Motto: Jetzt sind wir da und jetzt müßt ihr mit uns. Das kann ich so nicht zulassen.

Volkmar Deile: Ich bin schon der Meinung, daß wegen Defiziten in der Politik von SPD und Gewerkschaften - auch wenn sie sich genuin als Friedensbewegung verstehen - eine eigenständige, neue soziale Bewegung mit Namen „Friedensbewegung“ entstanden ist.

Hermann Rappe: In diesem Punkt sind wir unterschiedlicher Meinung.

Volkmar Deile: Wir achten die Eigenständigkeit des DGB. Jede Organisation bringt in die Friedensbewegung ihr eigenständiges Profil ein. Darauflege ich, der ich von der „Aktion Sühnezeichen“ komme, großen Wert. Es kann nie so sein, daß jemand sein Profil aufgeben muß, um in die Friedensbewegung zu kommen. Deshalb haben wir auch den beiden Kriterien, wie sie vom DGB gefordert worden sind, zugestimmt: Gewaltfreiheit - hier stimmen wir aus innerster Überzeugung zu - und das Einbringen eigener Positionen. Dem haben wir zustimmen können. Aber das Problem geht tiefer: Der DGB hat gesagt, daß er zu den drei Großveranstaltungen in Hamburg, Bonn und Stuttgart aufruft - Ulm ist dabei unberücksichtigt geblieben. Zwar sind nun die gewerkschaftlichen Aktivitäten zum Antikriegstag am 1. September breit da, aber wir hätten uns sehr gefreut, wenn bei der Blockade in Mutlangen auch ein hoher Gewerkschafter dabei wäre. Das ist nicht der Fall. Deshalb habe ich die Frage: Findet wirklich eine Ermunterung von lokalen Gewerkschaftsgruppen statt, sich eigenständig in die Friedensinitiativen einzumischen, dort als Gewerkschaftsgruppen mitzumachen, oder wird es auf einer so hohen Ebene gelassen, wie es im Hinblick auf Hamburg, Stuttgart und Bonn geschehen ist? Darin sehe ich ein gewisses Problem. Es drückt sich darin für mich eine sympathisierende Freundlichkeit mit der Friedensbewegung aus, die sich aber die Chance zur Distanzierung offenläßt. Man mischt sich nicht so stark ein, daß man auch wirklich Verantwortung übernimmt. Ich möchte die Gewerkschaften ermuntern, sich so stark einzumischen, daß sie auch Verantwortung übernehmen.

Da heißt nicht, daß die Gewerkschaften in der Friedensbewegung aufgehen sollen. Das wollen wir gar nicht. Wir haben aus der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung der 50er Jahre die Erfahrung, daß mit dem Weg der SPD zum Godesberger Programm eine große Bewegung zu Ende ging. Wir wollen als eine von der Basis gewachsene, aus einer Vielzahl von Organisationen bestehende Basisorganisation nicht wieder nur durch den Mund von Großorganisationen sprechen oder in unserer Existenz von großen Organisationen abhängig werden. Es sollte ein spannungsreicher, sich gegenseitig befruchtender Dialog sein. Ich denke, daß er nur positiv sein kann, wenn von den Gewerkschaften auch ein Stückchen tatsächlicher Verantwortung übernommen wird bzw. eine Ermunterung da ist, sie zu übernehmen. Es gibt ein Beispiel: Wir haben ein Koordinierungsgremium gebildet, das sich mit dem „Tag der Betriebe“ am 19. Oktober beschäftigt. Wir hätten uns gefreut, aus jeder Einzelgewerkschaft einen „handfesten“ Gewerkschafter dabei zu haben. Das war leider nicht der Fall. Das führte dazu, daß dort ein Ergebnis zustandekam, von dem die Gewerkschaften dann sagten, sie könnten dabei nicht mitmachen. Das sehe ihnen zu sehr nach einseitiger parteipolitischer Orientierung aus. Die freundliche Distanz führt also dazu, daß die Gewerkschaften sich nicht einmischen, was zum Teil zu Ergebnissen führt, die sie nicht akzeptieren wollen. Das bringt Nachteile für beide Seiten, sowohl für die Gewerkschaften als auch für die Friedensbewegung. Ich ermuntere also zu mehr Einmischung.

Jo Leinen: Ein konstruktives Wechselspiel zwischen neuen sozialen Bewegungen und den Organisationen der Arbeiterbewegung (DGB und SPD) könnte viel zur Dynamik der bundesrepublikanischen Politik beitragen. Es ist in der Bundesrepublik tragisch, daß sich die Arbeiterbewegung für manche Fragestellungen selbst demobilisiert, weil sie sich durch Berührungängste gegenüber neuen sozialen Bewegungen in falsche Frontstellungen treiben läßt und sich nicht mögliche Gemeinsamkeiten für die eigenen Ziele zunutze macht.

Die gigantischen Aufrüstungsprogramme stehen z. B. in Zusammenhang mit der derzeitigen Arbeitslosigkeit. Konkret: Die hohe Staatsverschuldung der USA, bedingt durch das massive Rüstungsprogramm, führt zu den hohen Zinsen und dem Abfluß deutschen Kapitals in die USA und bremst dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik. Das ist letztendlich eine Ursache dafür, daß wir die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht bewältigen können. Für diesen Zusammenhang besitzen nur die Gewerkschaften Kompetenz. Man kann von Ökologiegruppen, von kirchlichen Gruppen nicht erwarten, daß sie diesen politischen Zusammenhang- Aufrüstung und Sozialabbau-formulieren und in der Praxis umsetzen. Ich bin aber davon überzeugt, daß viele sogenannte bürgerliche Kräfte bereit wären, vermittelt durch das Problem der atomaren Aufrüstung und der Atomkriegsgefahr, auch in ihre Aktivitäten gewerkschaftliche Anliegen aufzunehmen.

Ich wünsche mir, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften aus eigenem Interesse versuchten, das politikfähige Potential dieser Gesellschaft, das ja nicht allzugroß ist, aufzugreifen und mit den ureigensten Zielsetzungen der Gewerkschaften - soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung - zu verknüpfen. Für die Kämpfe, die im sozialpolitischen Feld unausweichlich kommen werden, könnten damit Gewerkschaften mehr Unterstützung, auch mehr Durchsetzungsfähigkeit erhalten.

Leonhard Mahlein: Zwischen Rüstungspolitik und Sozialpolitik gibt es selbstverständlich Zusammenhänge. Und auch in unserem Land kann die „soziale Frage“ nicht gelöst werden, ohne daß man an den Rüstungshaushalt rührt. Die Rüstungsausgaben müssen gestoppt werden.

Wenn es um die Frage geht, ob womöglich Angst das am stärksten motivierende Element für die Menschen in der Friedensbewegung sei, und ob das auf Dauer eine konstruktive Politikgrundlage sein könne, so berührt sie alternative Bewegungen insgesamt, ob es nun die Anti-Atomkraft-Bewegung gewesen ist oder auch die Bewegung gegen Wiederbewaffnung. Als darüber entschieden war, ist auch die Bewegung verschwunden. Ähnlich ging es der außerparlamentarischen Opposition von 1968/69. Ich meine schon, daß solche Bewegungen eine wesentliche, anregende Funktion für eine Gesellschaft ausüben können. Ich glaube allerdings auch, daß die Friedensbewegung auf Dauer gesehen nicht das starke Element bleiben wird, das sie zur Zeit darstellt. Ich glaube, daß, wenn die Frage der Stationierung oder Nichtstationierung irgendwann einmal gelöst sein wird, diese Bewegung entweder in ihre eigenen speziellen Probleme zurückfallen wird, wie z. B. die Ökologiefrage, oder daß sie sich andere gemeinsame Ziele schaffen muß. Und ich glaube nicht, daß alternative Bewegungen über Jahrzehnte hinweg Bestand haben werden, wie das bei politischen Parteien oder bei der Gewerkschaftsbewegung der Fall ist.

Hermann Rappe: Ich möchte diesen Faden aufgreifen. Friedensbewegung und Gewerkschaften haben eine unterschiedliche organisatorische, politische Herkunft und auch eine andere Aufgabe. Ich bin mit Haut und Haaren ein Mann der Organisation, weil ich glaube, daß es nur mit Integration und nur mit Kompromiß, nach dem man in einer Organisation immer suchen muß, die Chance gibt, langfristig und erfolversprechend auf Politik in einer parlamentarischen Demokratie einwirken zu können. Es zählt am Schluß nichts anderes als die Mehrheit am Wahltag. Von daher glaube ich, daß mancher, der in der enger begrenzten Friedensbewegung mitarbeitet, sich der Dauerplage der Organisation und der politischen Mehrheitsfindung nicht unterziehen will. Ich kann das verstehen, aber für diese notwendige Arbeit gibt es aus meiner Sicht keinen Ersatz.

Daher meine Position zur Friedenspolitik und zu den Ergebnissen und Erfolgen von Gewerkschaften und SPD. Die ureigensten Felder der Gewerkschaften sind seit hundert Jahren: Frieden, Demokratie und Arbeit. Dies, denke ich, muß auch so bleiben. Die Verknüpfung von Friedenspolitik und Sozialpolitik kann, was die Kompetenz angeht, über die ich bereits gesprochen habe, und ihren möglichen Verlust, zu weiteren Problemen in dem von mir befürchteten Sinne führen. Und ich will deshalb noch einmal, um es mit den Worten von Volkmar Deile zu sagen, die freundliche Distanz der Gewerkschaften zu den Aktivitäten im Herbst unterstreichen. Ich glaube, daß die Gewerkschaften mit ihrem diesbezüglichen Verhalten richtig handeln. Ich hätte die Bitte, wenn uns das Ziel der Friedenssicherung vereint, daß die Bürgerinitiative auf Zeit ihre politische Kraft dann auch der organisierten Form der Politik zukommen läßt. Darin sehe ich ihren Sinn. Was sie nach meiner Auffassung nicht sein kann, ist Ersatz dafür.

Volkmar Deile: Heißt das, daß ein Gewerkschafter, der aus der von Dir beschriebenen freundlichen Distanz austritt, und sich in der Friedensbewegung ganz engagiert, weil er ihre Ziele für richtig hält, in ein Verhältnis der freundlichen Distanz zum DGB gerät?

Hermann Rappe: Ich glaube nicht, daß das der einzelne so erleben würde oder so fühlt, bzw. daß ihm so von uns begegnet würde. Aber ich glaube, daß DGB-Bundesvorstand und DGB-Bundesausschuß, wenn sie über die Beschlußfassung vom Juli hinausgehen würden, sich sozusagen organisierten Kompetenzverlust einhandeln würden. Das möchte ich vermeiden.

Jo Leinen: Welchen Kompetenzverlust?

Hermann Rappe: Dann muß ich es noch einmal skizzieren. Wenn der DGB-Bundesvorstand oder der Parteivorstand der SPD - gegenüber beiden habe ich meine Position klargemacht - mehr als sie bisher in diese Richtung beschlossen haben, beschließen würden, dann glaube ich, daß über einen längeren Zeitraum nicht nur junge Staatsbürger, sondern auch ältere der Meinung sein könnten, daß, wenn man sich für den Frieden engagiert, es einer Friedensbewegung bedürfe. Dies ist nicht meine Auffassung. Ich glaube vielmehr, daß es einer starken Gewerkschaftsorganisation bedarf, einer starken SPD, um Friedenspolitik voranzutreiben.

Jo Leinen: Ich schätze die Wirkung genau umgekehrt ein. Ein stärkeres Engagement des DGB in der Friedensfrage könnte viele junge Leute veranlassen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden, weil sie den DGB für eine interessante und offene Organisation halten, in der eine Mitarbeit lohnt.

Volkmar Deile: Wenn ein Arbeitnehmer vor der Situation steht, um der Erhaltung seines Arbeitsplatzes willen für den Bau eines U-Boots für Chile auf „seiner“ Werft zu streiken, und wenn er sich für den Bau eines solchen U-Bootes entscheidet und für diesen Arbeitsplatz streikt, dann deutet das nach meiner Auffassung auf ein Defizit hin. Das Gleichgewicht zwischen der Arbeitsplatzproblematik und der unbestrittenen Friedenspolitik der Gewerkschaften scheint mir noch nicht im richtigen Verhältnis. Das zeigt doch dieser Konflikt.

Hermann Rappe: Wenn die Frage so verkürzt auf Arbeitsplatz oder U-Boot für Chile gestellt wird, dann kann man darüber so, wie es eben geschehen ist, nur dann reden, wenn der eigene Arbeitsplatz nicht gefährdet ist. Es hat keinen Sinn, daraus etwas konstruieren zu wollen. Die Lösung dieses Problems ist doch nur in einem größeren Zusammenhang zwischen Friedens- und Wirtschaftspolitik denkbar.

Volkmar Deile: Genau darauf möchte ich hinaus: Mir geht es nicht darum, dem streikenden Kollegen einen Vorwurf zu machen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß es in dem auch von Dir genannten Gesamtzusammenhang ein Defizit ist.

Hermann Rappe: Ich sehe es nicht so. Für das Engagement in Sachen Friedenspolitik bedarf es nach meiner Auffassung keiner Friedensbewegung. Ich erwarte, wie schon gesagt, von der Bürgerinitiative, daß sie DGB und SPD unterstützt, wenn sie Politik verwirklichen will. Es wäre die Aufgabe, zuzuarbeiten und nicht zu ersetzen.

Jo Leinen: Wenn die Diskussion im Hinblick auf die Atomwaffen ähnlich laufen wird wie die Debatte zur Ökologie, dann wird es zwar keine eigene Friedenspartei geben, aber es würde einen massiven Zulauf von Mitgliedern der Friedensbewegung zu den Grünen geben.

Hermann Rappe: Und wie sollen dann konservative bis reaktionäre Mehrheiten verhindert werden?

Jo Leinen: Die Gewerkschaften beispielsweise könnten viel dazu tun, daß es nicht so läuft. Es kommt sehr darauf an, wie die Großorganisationen, DGB und SPD, mit neuen sozialen Bewegungen umgehen, ob sie in eine Frontstellung zu oder in eine Kooperation mit diesen Bewegungen eintreten.

Hermann Rappe: Bist Du wenigstens bereit zuzugeben, daß das auch davon abhängt, wie sich solche Bewegungen den anderen politischen Kräften, etwa einer Reformpartei, die ja dann allein wählbar sein müßte, gegenüber verhalten?

Jo Leinen: Außerparlamentarische Bewegungen haben keinen Ewigkeitsanspruch. Sie sind ein Phänomen, das aus Defiziten parlamentarischer politischer Gruppierungen entsteht. Die Frage, ob sie sich -im Sinne einer eigenständigen politischen Organisation -formieren, hängt sehr davon ab, ob reformorientierte Kräfte in unserer Gesellschaft neue Fragestellungen aufnehmen oder verschlafen.

Muß nicht der, der von langfristigen organisatorischen Erwägungen ausgeht, zu anderen Ergebnissen kommen als derjenige, der einen zentralen Punkt ansteuert oder von ihm ausgeht? Um ein Beispiel zu sagen: Die Konsequenzen aus einem mißlungenen, nicht befolgten „Generalstreik“ wären für die Gewerkschaften verheerend, die Friedensbewegung könnte davon unberührt bleiben.

Hermann Rappe: Ich gehe davon aus, daß die Verhandlungen in Genf, wenn sie im Oktober nicht zum Erfolg führen, unterbrochen, aber nicht abgebrochen werden. In diese Richtung muß auch der politische Druck im Oktober gehen. Aber auch wenn dies nicht geschieht, kann ich mir keine außerhalb der Verfassungsordnung liegenden Aktionen vorstellen. Deswegen habe ich mich gegen die Generalstreikforderung gewandt, die insbesondere von Oskar Lafontaine formuliert worden ist.

Ich glaube jedenfalls, daß es über demonstrative Situationen hinaus eine Streikaufrufung nicht geben kann. Ob das auf den „Tag der Betriebe“ am 19. Oktober gelegt wird oder gelegt werden sollte, den die Friedensbewegung vorgegeben hat, muß im DGB-Bundesvorstand unter abgewogenen Gesichtspunkten diskutiert werden.*

Für mich ist es schon eine Frage, ob man mit gewerkschaftlichen Aktionen auf vorgegebene Termine eingehen sollte oder nicht. Das hängt auch mit der Beurteilung der Eigenständigkeit von Organisationen zusammen. Jedenfalls müssen die Gewerkschaften im September klar über die weiteren Entwicklungen bis zum Ende des Jahres entscheiden. Es kann nicht fragwürdig bleiben, was im einzelnen etwa im Oktober zu geschehen hat. Ich betone noch einmal, daß ein Generalstreik für mich außerhalb jeglicher Erwägung liegt. Das gleiche gilt übrigens auch für die Volksbefragung. Das letztere insbesondere mit Rücksicht auf andere Politikfelder: So will ich z. B. keine Volksbefragung zur Todesstrafe, um nur einen Bereich zu nennen.

*Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 6. September 1983 einstimmig beschlossen, alle Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitnehmer zu fünf Mahn-Minuten („5 vor 12“) am 5. Oktober 1983 aufzurufen. Damit sollen die Verhandlungspartner in Genf gemahnt werden, zu einem Ergebnis in den Abrüstungsverhandlungen zu gelangen.

Leonhard Mahlein: Helmut Schmidt hat sich früher über das Instrument der Volksbefragung einmal positiv geäußert.

Hermann Rappe: Ich bin nicht der Papagei irgendeines anderen, auch nicht der von Helmut Schmidt.

Leonhard Mahlein: Teile der SPD verlangen, daß nochmals eine parlamentarische Behandlung der Nachrüstungsproblematik erfolgt, daß, wenn überhaupt, gesetzliche Regelungen gefunden werden müssen. Das parlamentarische Verfahren scheint mir noch nicht völlig abgeschlossen. Auch viele Rechtswissenschaftler teilen die Meinung, daß eine nochmalige parlamentarische Behandlung notwendig ist. Für den vorgelagerten Raum würde ich eine Volksbefragung nicht für absolut ausgeschlossen halten, solange das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Hermann Rappe: Für mich liegt eine Volksbefragung in diesem Zusammenhang außerhalb von Auslegung und Anwendung der Verfassung. Das hat - mich wundert die Verknüpfung dieser Fragen - mit der parlamentarischen Behandlung der Thematik nichts zu tun. Die parlamentarische Behandlung halte ich für selbstverständlich, auch was die Auslegung und Anwendung der Vertragspolitik angeht. Ich denke, diese Verfahrensweise sollte auch der DGB für selbstverständlich halten. Das hat allerdings - wie gesagt - mit Volksbefragung nichts zu tun.

In der Generalstreikfrage hat auch der DGB-Bundesvorstand eine eindeutige Position bezogen. Worum es eigentlich nur noch gehen kann, ist die Frage, ob es einen demonstrativen Akt geben soll, um auf die Verhandlungspartner in Genf einzuwirken. Auch das möchte ich klarstellen: Wenn ich für einen demonstrativen Akt des DGB, für einen eventuellen Aufruf an seine Mitglieder bin, dann muß er an die Adresse der Genfer Verhandlungspartner, nicht an die deutsche Bundesregierung gerichtet sein. So etwas kann man aus der Sicht des Stationierungslandes machen, aber ich möchte keine politische und keine verfassungsrechtliche Situation, in der die Bundesregierung mit streikähnlichen oder sonstigen demonstrativen Akten unter Druck gesetzt werden soll. Für mich kommen im Oktober Maßnahmen, die außerhalb der verfassungsmäßigen Gegebenheiten liegen, nicht in Betracht.

Jo Leinen: Wird es sich um einen einmaligen demonstrativen Akt, um eine „Pflichtübung“ handeln?

Hermann Rappe: Die Formulierung „Pflichtübung“ scheint mir unangebracht; sie soll wohl schon wieder etwas „unterbauen“. Es geht darum, so etwas im

Rahmen der Aktionsmöglichkeiten des Herbstes zu machen. Das schließt ja nicht aus, daß mit anderen politischen Mitteln Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wird, die wiederum Einfluß auf die Paktsysteme nehmen soll. Das ist ganz normal, und die Haltung des DGB in dieser Sache ist ja auch ganz eindeutig. Im Endeffekt muß man hoffen, daß die politische Aufklärung der Bürger dazu reicht, die politischen Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Den langfristigen Weg kenne ich natürlich, aber ich denke nicht mit dem Kopf der Friedensbewegung, ich denke mit dem Kopf eines Gewerkschafters.

Leonhard Mahlein: In der Auffassung zum Generalstreik bin ich mit Hermann Rappe absolut einig. Das war ein wenig überlegter Vorschlag von Lafontaine. Die Diskussion um den 19. Oktober sehe ich etwas anders: Ich finde, es hätte mit Streik oder ähnlichem nichts zu tun, wenn eine Gedenkpause eingelegt würde.

Hermann Rappe: Wenn man eine Gedenkpause für die Toten des Zweiten Weltkrieges hätte haben wollen, dann hätte man im DGB-Bundesvorstand darüber im Juni im Hinblick auf den Termin 1. September - Antikriegstag - beraten und beschließen sollen, nicht aber etwa für den Oktober, um dann mit dieser Gedenkminute das Gedenken an die Toten und die Nachrüstungsfrage zu verbinden.

Leonhard Mahlein: Ich erinnere mich, daß es aus Anlaß der Ermordung Hanns-Martin-Schleyers bereits solche Gedenkminuten gegeben hat.

Ich bin der Meinung, daß es für die Gewerkschaften die Möglichkeit des politischen Widerstandes geben muß. Es gibt auch für die Zeit nach 1945 eine ganze Reihe Beispiele, es ist nicht nur der Kapp-Putsch von 1920, der das belegt. Bereits vor der Schaffung der Bundesrepublik gab es in den westlichen Zonen eine politische Demonstration der Gewerkschaftsmitglieder, an der sich insgesamt etwa 10 Millionen Menschen beteiligten. Damals ging es um eine bessere Wirtschaftsordnung. 1950 gab es dann einen angekündigten politischen Widerstand in Sachen Montanmitbestimmung; 1952 gab es - unter etwas mysteriösen Umständen - den „Zeitungsstreik“. Er richtete sich politisch gegen ein schlechtes Betriebsverfassungsgesetz. Die IG Druck, die den Streik damals trug, ist in einigen Fällen zu Schadenersatz verurteilt worden, weil sie angeblich versucht hätte, das Parlament unter Druck zu setzen. Es gab dann auch eine Demonstration gegen die Äußerungen des Stahlindustriellen Reusch, der behauptet hatte, die Gewerkschaften, insbesondere IG Bergbau und IG Metall, würden die Unternehmer mit der Mitbestimmung erpressen.

Die Geschichte zeigt also, daß es solche Möglichkeiten gibt. Die Frage ist sicher, in welcher Form man diesen politischen Widerstand zum Ausdruck

bringt. Mit einem Aufruf zu einem Generalstreik würden sich die Gewerkschaften keinen Dienst tun, sie würden sich auch von vorneherein finanziell ruinieren. Aber ich bejahe den politischen Widerstand, auch den gegen die Stationierung.

Volkmar Deile: Ich finde diese Bemerkungen sehr wichtig. Ich will darauf aufmerksam machen, daß wir heute eine ganz andere politische Situation haben als 1958. Ich finde sogar, daß das damals von Helmut Schmidt empfohlene Mittel des Generalstreiks heute - aufgrund der Rüstungssituation - sich dringender als damals stellt. 1958 ging es um die „massive Vergeltung“ mit den dicken, großen Atomwaffen, mit denen niemand beginnen konnte, weil er dann hätte Selbstmord begehen müssen. Heute geistert die Illusion vom „begrenzten Atomkrieg“ durch die Welt, angesichts von Waffen, die möglicherweise über diese Fähigkeiten verfügen. Von daher ist die Situation eigentlich dringlicher als 1958. Ich finde, daß in diesem Zusammenhang der Vorschlag von Lafontaine richtig war. Er hat zwar auf der einen Seite Verhärtungsreaktionen bei den Gewerkschaften hervorgerufen, hat aber andererseits die Frage nach den Möglichkeiten, die wir überhaupt haben, belebt. Deswegen, glaube ich, war der Vorschlag von der Methode her richtig. Ich glaube, daß nur auf diesem Hintergrund die Vorschläge von Steinkühler und Mahlein nach Gedenkpausen verständlich werden. Was wir brauchen - das sage ich jetzt ohne Rücksicht in Richtung Friedensbewegung - ist ein politisches Zeichen der Gewerkschaften für den 19. Oktober 1983.

Ich würde die Gewerkschaften bitten, diejenigen Mitglieder, die etwas machen werden, nicht deswegen im Regen stehen zu lassen, weil der Bundesvorstand meint, Vorschlag und Datum seien nicht von ihm gekommen, sondern seien in der Friedensbewegung aufgekomen. Über das eigenständige gewerkschaftliche Zeichen an diesem Tag muß nachgedacht werden.

4. Zur Zukunft der Friedensbewegung

Was geschieht mit der Friedensbewegung, wenn nicht stationiert wird?

Volkmar Deile: Ich will erst einmal die Frage beantworten, was geschieht, wenn stationiert wird. Dann wird diese Bewegung in mehrere Teile auseinanderfallen. Es wird einen Teil geben, der sich von den Aktionsformen her radikalisieren wird; ein anderer Teil wird resignieren. Die breite politische Mitte der Friedensbewegung - übrigens in allen westeuropäischen Ländern - wird sich in neutralistische Strömungen verwandeln. Unsere Politiker sagen zur Zeit noch, wir müßten die NATO-Entscheidung von 1979 durchsetzen, weil sonst unser Bündnis ungeheure Folgen zu tragen haben würde. Es würde nämlich einer Be-

wegung von unten in den eigenen Ländern nachgeben. Meine These ist: Wenn stationiert wird, wird das wesentlich schlimmere Folgen für das Bündnis haben, so daß die Wahl ist: Dieses Bündnis macht eine andere Politik oder riskiert, den Anfang seines Endes zu erleben. Es gibt schon heute ökonomische Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Die Stationierung wird tiefe Krisen zwischen den Regierungen und größeren Teilen der Bevölkerung auslösen; ich denke, daß sich die ökonomischen Gegensätze zwischen den USA und Westeuropa dann politisch aufladen werden.

Wenn nicht stationiert wird, ist lediglich der Anfang geschafft. Dann haben wir die Chance, eine andere Sicherheitspolitik in und für Europa und möglicherweise sogar weltweit in Gang zu bringen. Ich würde eine solche andere Sicherheitspolitik als eine jahrelange Aufgabe bezeichnen und sehe zwei Teile: Einem Teil gilt das Stichwort: defensive Umrüstung. Und der friedenspolitische Teil heißt: neue, tiefere Entspannungspolitik. Dafür würde ich das Wort von der „Sicherheitspartnerschaft“ wählen. Mit den Pershings und Cruise missiles sind wir ja nur am Anfang einer Umstellung von Waffen und Strategien, die bis 1988 geht. Es sind ja bereits weitergehende Pläne in Arbeit. Von daher ist die Notwendigkeit, daß die Friedensbewegung weitermacht, dringend. Die eigentlichen Impulse in Richtung Umrüstung und Friedenspolitik müssen erst noch gefunden werden. Das wird sicherlich nicht nur die Friedensbewegung machen, da werden auch Parteien und Gewerkschaften einen eigenständigen Beitrag leisten müssen.

Und wenn es einen Kompromiß gibt, der auf eine Teilstationierung hinausläuft? Wäre das das Schlimmste für die Motivation der Friedensbewegung?

Volkmar Deile: Das wäre in vielerlei Hinsicht das Schlimmste. Nicht nur für die Motivation. Ein Kompromiß in Genf kann zu Recht nur als ein Anfang der Stationierung des ganzen Paketes begriffen werden, weil man im Moment nicht mehr durchsetzen kann. Wir müssen den Anfang des ganzen neuen Paketes verhindern. Wir können nicht zufrieden sein damit, daß man statt 50 nur 25, statt 108 nur 80 Raketen und Flugkörper stationiert. Das würde die Entwicklung nur zeitlich etwas verzögern. Der Einstieg in eine andere Sicherheits- und Friedenspolitik wäre verpaßt. Ein eurostrategisches Gleichgewicht würde Basis eines neuen Rüstungswettlaufs.

Jo Leinen: Die Friedensbewegung denkt über den 22. Oktober hinaus. Die Aktionswoche im Oktober wird nicht der Schlußpunkt unserer Aktivitäten dieses Jahres sein, sondern nur deren Auftakt. Wenn trotz aller Aktivitäten stationiert wird, dann wird sich die weitere Diskussion von einzelnen Waffensystemen auf die Frage der Militärbündnisse verlagern. Ich glaube nicht, daß die Friedensbewegung eine Eintagsfliege ist.